

Stadtverband/Ratsfraktion  
Gladbeck

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Rentforter Straße 43 45964 Gladbeck

**Bündnis 90 / DIE GRÜNEN**

Bundestagsfraktion  
Herr MdB Albert Schmidt  
Herr Felix Beutler  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bernd Lehmann  
Stadtverbandssprecher  
Rentforter Straße 43  
45964 Gladbeck  
Telefon: 02043-25412  
Telefax: 02043-21776  
bernd.lehmann@gruene-gladbeck.de  
www.gruene-gladbeck.de  
Volksbank Gladbeck  
Kontonr.: 116 3100  
Bankleitzahl: 422 600 01

29. Juni 2003

**Beratung über den Bundesverkehrswegeplan 2003  
hier: A 52 - BVWP-Nr. NW5603; laufende Nr.107**

Hallo Albert, hallo Felix,  
liebe Freundinnen und Freunde des Verkehrsausschusses,

zur Zeit berätet Ihr in der Fraktion und in der Koalition über den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2003. Für unseren Bereich wurde mit dem Ausbau der Bundesstraße 224 zur Autobahn 52 eine Maßnahme in der vordringlichen Bedarf eingestellt, deren Ausgestaltung die Entwicklung und die Qualität unserer Stadt entscheidend beeinflussen wird. Wir bitten Euch daher, unsere Hinweise ernst zu nehmen und unsere Interessen innerhalb der Beratung zu berücksichtigen. Mit unseren Anliegen wandten wir uns bereits mit Schreiben vom 7. April an Euch. Das Schreiben und weitere Informationen können unter [www.gruene-gladbeck.de](http://www.gruene-gladbeck.de) abgerufen werden.

Die B 224 verläuft heute in Tieflage mitten durch unsere Stadt und schließt - ebenfalls auf unserem Stadtgebiet - an die A 2 an (siehe beigefügten Kartenausschnitt). Die vierspurige Bundesstraße weist eine tägliche Verkehrsbelastung von rund 35.000 Fahrzeugen auf. Auf Grund einer dichten Folge von Lichtsignalanlagen kommt es mitten in unserem Siedlungsgebiet zu täglichen Staus, deren Emissionen die Lebensqualität der angrenzenden Wohnbereiche beeinträchtigt.

Der Ausbau der B 224 zur A 52 auf Gladbecker Stadtgebiet wird vor diesem Hintergrund von Politik und Verwaltung auch als Chance begriffen, die zerschneidende Wirkung der vierspurigen Straße aufzuheben, indem die zukünftige Autobahn im zentralen Siedlungsbereich überdeckelt und der auf dem Deckel entstehende Raum wieder der Stadt und ihren Bürgerinnen und



Bürgern zurückgeführt wird. Erfreulicher Weise wurde die Forderung nach einem Deckel innerhalb der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes aufgegriffen und Investitionsmittel für Tunnelbauwerke eingeplant. Der Entwurf des BVWP 2003 weist für das 2,8 km lange Teilstück im Bereich der Stadt Gladbeck 67,4 Mio. Euro aus.

Auf mehrfachen Wunsch aller im Rat der Stadt Gladbeck vertretenen Fraktionen stellte nun der Landesbetrieb Straßenbau NRW mit Niederlassung in Bochum, der für die Planung der Autobahn zuständig ist, dem Stadtplanungs- und Bauausschuss am 26. Juni die von ihm erarbeiteten Ausbauvarianten vor. Obwohl viele Forderungen der Stadt Gladbeck durch die Entwürfe erfüllt werden, sind die Planungen insbesondere hinsichtlich der Tunnelgestaltung und der Festlegung der Anschlussstellen für die Stadt Gladbeck absolut inakzeptabel.

Lediglich in einer der vier Ausbauvarianten wird der Forderung nach einem Tunnel entsprochen, der den Hauptsiedlungsbereich vor Lärm und Abgasen schützen und die trennende Wirkung der Verkehrsachse mitten im Herzen unserer Stadt aufheben soll. Die anderen Varianten sehen entweder zu kurze Tunnel oder gar keinen Tunnel vor.

**Unsere Forderung lautet: mindestens der Bereich zwischen Schützenstraße und Grabenstraße ist komplett zu überdecken!** Diese Forderung deckt sich mit denen von CDU und SPD.

Da die Frage nach der Ausgestaltung und der Anzahl der Anschlussstellen zunächst nicht die Ebene des Bundesverkehrswegeplans betrifft, beschränken wir uns an dieser Stelle lediglich auf den Hinweis, dass unmittelbar am Autobahnkreuz mit der A2 unser Gewerbepark Brauck liegt, der mit hohen Fördermitteln im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscherpark auf einer ehemaligen Industriebrache entwickelt wurde. Die Ausbauvarianten sehen eine Abkopplung des Gewerbeparks von der Autobahn vor, da kein angemessener Autobahnanschluss hergestellt werden kann. Damit geht der ausschlaggebende Standortvorteil des Areals verloren. Eine unzureichende Berücksichtigung des Gewerbeparks würde die Arbeitsplätze in den gerade angesiedelten Betrieben gefährden. Dies ist für unsere Stadt, die mit knapp 16 % die zweithöchste Arbeitslosenquote in der Region aufweist, völlig indiskutabel. Allein die Diskussion über die Abbindung des Gewerbeparks hat ansiedlungswillige Investoren schon abgeschreckt.

**Unsere Forderung lautet: der Autobahnausbau muss einen angemessenen Anschluss an den Gewerbepark Brauck berücksichtigen!** Diese Forderung deckt sich mit denen von CDU und SPD.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen und in der Hoffnung, den Planungskurs des Landesbetriebs zu korrigieren, haben alle Fraktionen (auch CDU und SPD) in der Sitzung des Stadtplanungs- und Bauausschuss am 26. Juni einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Stadt Gladbeck wird keiner Ausbaulösung für die A 52 zustimmen, die die Trennung der Stadtteile Gladbeck-Mitte und Butendorf verstärkt und keinen Deckel (Tunnel) auf der A 52 zum Erhalt der gegenwärtigen Innenstadtverbindungen vorsieht.

2. Bei dieser Lösung ist die direkte Anbindung der Schützenstraße vorzusehen.
3. Die Anbindung des Gewerbegebiets Brauck muss angemessen (auf Gladbecker Stadtgebiet) gewährleistet werden.
4. Auf das Naherholungsgebiet Wittringen ist durch angemessene Maßnahmen (z.B. Schallschutz) Rücksicht zu nehmen.

Was bedeutet dies für Eure Beratung über den Bundesverkehrswegeplan? Laut den Vertretern des Landesbetriebs Straßenbau NRW, Herrn Gebert (Leiter der Niederlassung) und Frau Sauerwein-Braksiek, wird der Bund für die Kosten eines Tunnels nur aufkommen, wenn sich die Notwendigkeit des Tunnels aus den allgemein gültigen Vorgaben des Bundes begründet lässt. Für die Ratsfraktion und den Stadtverband von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN ist der Tunnel bzw. die Überdeckung zwischen Schützenstraße und Landstraße unverzichtbare Bedingung für den Bau der A 52. Diese Forderung wird auch von CDU und SPD geteilt.

**Daraus ergibt sich für die Beratung des Bundesverkehrswegeplans die Notwendigkeit, die für unseren Abschnitt eingeplanten Investitionsmittel zu hinterfragen und zu überprüfen.**

Um einen mit der Stadt Gladbeck einvernehmlichen Ausbau der A 52 zu ermöglichen, muss ein angemessenes, realistisches Investitionsvolumen für den Autobahnausbau in den Bundesverkehrswegeplan eingestellt werden.

Erhebliche Kosten werden nicht nur durch den Tunnelbau, sondern auch durch die sehr aufwendige Gestaltung des zukünftigen Autobahnkreuzes A 2 / A 52 entstehen, dessen Entwicklung aufgrund des behutsamen Umganges mit dem Bestand an drei der vier Seiten erheblich eingeschränkt ist. Weitere Kosten können durch Lösungen zur Realisierung der dichten Abfolge von Anschlussstellen entstehen. Hier werden möglicherweise Zuflusssteuerungen notwendig sein, um die Leistungsfähigkeit der Autobahn zu erhalten.

Wir wären Euch dankbar, wenn Ihr diese Forderungen an das Bundesverkehrsministerium weitergebt und damit den Planungsdruck zur Realisierung von stadt- und umweltverträglichen Lösungen erhöht. Auch wäre es sehr hilfreich, wenn Ihr dem Landesbetrieb Straßenbau NRW mit Niederlassung in Bochum als nachgeordnete Dienststelle (Niederlassungsleiter Herr Hans-Michael Gebert, Harpener Hellweg 1, 44791 Bochum) den Wunsch der Bundestagsfraktion nach einen mit der Stadt Gladbeck einvernehmlichen Ausbau der Autobahn verdeutlicht.

Die Grünen im Landtag haben unsere Forderung nach einem Tunnel unterstützt, woraufhin als Ergebnis der Verhandlungsrunden mit der SPD am 8. Mai die Tunnellösung explizit als textliche Ergänzung in die Stellungnahme des Landes zum Bundesverkehrswegeplan verankert wurde.

**Solltet Ihr feststellen, dass eine Tunnellösung in dem von der Stadt Gladbeck und dem Land Nordrhein-Westfalen geforderten Umfang trotz des fraktionsübergreifenden Wunsches nicht realisierbar ist, bitten wir Euch eindringlichst, den Autobahnausbau abzulehnen und aus dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu streichen.**

Es liegt in Eurer Hand, ob Ihr entweder dafür sorgt, dass mit dem Autobahnausbau die Trennwirkung aufgehoben und dem Schutz der Anwohner vor Lärm und Abgasen entsprochen wird, oder durch einen „herkömmlichen“ Ausbau die bereits vorhandenen Schäden verstärkt und unsere Stadtstruktur nachhaltig geschädigt wird.

Solltet Ihr weitere Fragen zu der Problematik haben, stehen wir Euch gerne zur Verfügung.

Wir bedanken uns recht herzlich und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Bernd Lehmann  
Stadtverbandssprecher

Mario Herrmann  
Fraktionsvorsitzender

Anlagen (im Original enthalten):

- Übersichtsplan
- Ruhrnachrichten vom 27.06.2003: „A 52-Pläne erschrecken“
- WAZ vom 28.06.2003: „Pläne für A 52 ohne Tunnel sind abenteuerlich“
- Foto: Blick auf die B 224 (von der Horster Straße in Ri. Osten / Marl)

Kopien des Schreibens gehen an:

- Presse / Rundfunk in Gladbeck
- Stadtverwaltung z.K.
- Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederlassung Bochum z.K.
- MdL Oliver Keymis, Landtagsfraktion
- Mitglieder des Verkehrsausschusses